

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Christina Heide
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Ratsmitglied Jörg Mückenwarf
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Kerrin Volkmann

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Ratsmitglied Alexander von Fintel
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Thorsten Morisse
Ratsmitglied Irina Morisse-Kappes
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Dezernenten

Stadtrat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Claudia Wachenfeld (bis TOP 10)
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Bianka Götz
Fachbereich Kommunikation & Koordination Maren Knop
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereich Kommunikation & Koordination Isabel Weißels
Pressesprecherin Julia Muth
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hanseemann

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Als Gäste zu TOP 3

Niedersächsischer Städtetag Herr Beigeordneter Stefan Wittkop
Ehemaliges Ratsmitglied Frau Sabine Gastmann
Ehemaliges Ratsmitglied Herr Norbert Schmidt

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses | |
| 3 | Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft | |
| 4 | Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen | |
| 5 | Wahl der/des Ratsvorsitzenden | |
| 6 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 7 | Bestimmung der Stellvertretung des Ratsvorsitzenden | |
| 8 | Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 69 NKomVG | 302/2016 |
| 9 | Änderung der Hauptsatzung | 303/2016 |
| 10 | Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 75 NKomVG | |
| 11 | Wahl der/des Vertreterin/-nen bzw. Vertreter/-s des Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG | |
| 12 | Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 71 und 73 NKomVG
siehe dazu: Neubildung Jugendhilfeausschuss | 304/2016 |
| 13 | Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG | |
| 14 | Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien
siehe dazu: | |
| | a) Bestätigung der Bedienstetenvertreter des Verwaltungsrates der Sparkasse | 306/2016 |
| | b) Wahl des Kreisjägermeisters und der übrigen Mitglieder des Jagdbeirates | 307/2016 |
| 15 | Einwohnerfragestunde | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Da noch kein Ratsvorsitzender gewählt war, eröffnete **Ratsherr Dr. Dr. Klinken-Mibert** als ältestes, dazu bereites Ratsmitglied die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses

Oberbürgermeister Wagner verpflichtete alle in der Niederschrift als anwesend verzeichneten Ratsmitglieder gem. § 60 NKomVG förmlich durch Handschlag, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

3 Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft

Nach einer kurzen persönlichen Ansprache nahm **Oberbürgermeister Wagner** die Ehrungen für 25-jährige Ratsmitgliedschaft von **Frau Sabine Gastmann, Herrn Norbert Schmidt**, sowie **Ratsherrn Helmut Möhle** und in Abwesenheit auch von **Herrn Prof. Reuter** vor und übergab den goldenen Stadtehrenring des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

Oberbürgermeister Wagner dankte ebenfalls den übrigen ausgeschiedenen Ratsmitgliedern für deren geleistete Arbeit.

Im Anschluss daran ehrte **Herr Stefan Wittkop**, Beigeordneter des Niedersächsischen Städtetages, die anwesenden Jubilare und überreichte die Ehrenurkunde des Niedersächsischen Städtetages.

4 Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen

Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert informierte über das Vorliegen folgender Erklärungen zur Fraktionsbildung:

SPD-Fraktion mit 10 Mitgliedern

CDU-Fraktion mit 8 Mitgliedern

AfD-Fraktion Wilhelmshaven mit 4 Mitgliedern

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 4 Mitgliedern

Fraktion Wilhelmshavener BürgerVereinigung (WBV) mit 3 Mitgliedern

FDP-Fraktion mit 3 Mitgliedern

Fraktion Unabhängige Wählergemeinschaft Wilhelmshaven (UWG) mit 2 Mitgliedern

Weiterhin lägen folgende Erklärungen über einen Gruppenzusammenschluss vor:

Gruppe „CDU/WBV“

bestehend aus den Fraktionen von CDU und WBV mit insgesamt 11 Mitgliedern. Gruppensprecher ist Ratsherr Stephan Hellwig von der CDU, der stellvertretende Gruppensprecher ist Ratsherr Stefan Becker von der WBV.

Gruppe „Die FRAKTION“

Helga Weinstock, die der BASU-Partei angehört, werde für die kommende Wahlperiode eine Gruppe mit Andreas Tönjes von der Partei „Die PARTEI“, bilden. Der Name der Gruppe lautet „Die FRAKTION“. Gruppensprecherin ist Ratsfrau Helga Weinstock, ihr Stellvertreter ist Ratsherr Andreas Tönjes.

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der unabhängigen Wählergemeinschaft, der BASU und die Gruppe „Die FRAKTION“ bilden für die kommende Wahlperiode eine Gruppe mit dem Namen GrünUnabhängigSozial, bestehend aus 8 Mitgliedern. Zum Gruppensprecher wurde Ratsherr Michael von den Berg gewählt. Seine Stellvertreterin ist Ratsfrau Helga Weinstock.

5 Wahl der/des Ratsvorsitzenden

Herr von den Berg schlug Herrn Alexander von Fintel für die Gruppe GrünUnabhängigSozial vor.

Herr Hellwig schlug für die Gruppe CDU/WBV Herrn Stefan Becker vor.

Herr Preuß beantragte geheime Wahl.

Der Antrag von **Herrn von Fintel** auf Vorstellung der Kandidaten wurde mehrheitlich angenommen, so dass sich anschließend beide Kandidaten kurz vorstellten.

Als **Schriftführerinnen** wurden Frau Heide von der SPD-Fraktion und Frau Volkmann von der CDU-Fraktion gewählt.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführerinnen folgendes Ergebnis:

Herr Becker erhielt 19 Stimmen,
Herr von Fintel erhielt 13 Stimmen,
es gab 7 Enthaltungen.

Da keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit vom 20 erreicht hatte, wurde ein **zweiter Wahlgang** durchgeführt.

Der zweite Wahlgang ergab das folgende Ergebnis:

Herr Becker erhielt 22 Stimmen,
Herr von Fintel erhielt 13 Stimmen,
bei insgesamt 4 Enthaltungen.

Herr Becker war damit im 2. Wahlgang als **Ratsvorsitzender** gewählt und nahm die Wahl an.

6 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

7 Bestimmung der Stellvertretung des Ratsvorsitzenden

Herr Jacques schlug Frau Christina Heide für das Amt der stellvertretenden Ratsvorsitzenden vor.

Ratsfrau Christina Heide wurde daraufhin einstimmig (bei 4 Enthaltungen: AfD-Fraktion) zur **stellvertretenden Ratsvorsitzenden** bestimmt.

8 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem.
§ 69 NKomVG

302/2016

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 31.10.2016 vor.

Herr Stoffers fasste kurz das Ergebnis der Vorbesprechung mit den Fraktionsvorsitzenden zusammen und stellte die wichtigsten Änderungen in der Geschäftsordnung vor.

Anschließend berichtete er über den aktuellen Sachstand bezüglich der vorgebrachten Anregung, bei Ratssitzungen Bild- und Tonaufnahmen zuzulassen. Der Gesetzgeber werde dazu im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) eine entsprechende Formulierung in § 64 einbringen, die dort als neuer Absatz 2 eingefügt werde. Diese Gesetzesgrundlage sei jedoch erst jüngst beschlossen worden. Daher bitte er, dieses Anliegen heute zunächst einmal zurückzustellen. Dies erlaube auch, die dazu erforderlichen Anforderungen zu prüfen. Sofern dies Thema seitens des Rates gewollt sei, bitte er, einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Preuß** bestätigte **Herr Stoffers**, dass der Ältestenausschuss künftig sowohl nicht öffentlich, als auch nicht ratsöffentlich tagen solle.

Herr Dr. von Teichman vermisste sowohl in der alten als auch in der vorliegenden Fassung der Geschäftsordnung eine ausreichende Einbeziehung von Bürgern und Ratsmitgliedern. Dies wolle seine Fraktion mit dem vorliegenden Änderungsantrag ändern.

Herr Becker erklärte, die dort enthaltenen Änderungen würden einzeln beraten und abgestimmt werden.

Herr Dr. von Teichman brachte daraufhin den ersten **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** ein und begründete diesen:

*„§ 2 Abs. 1: Die ursprüngliche Fassung wird beibehalten. Hinter „...vor der Ratssitzung mitzuteilen“ wird eingefügt: **Der Gegenstand der Erörterung ist klar und unmissverständlich zu benennen.**“*

Der Änderungsantrag wurde bei 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman brachte **Änderungsantrag Nr. 2 der FDP-Fraktion** sowie dessen Begründung ein:

*„§ 2 - Abs. 3: Streichung wie vorgeschlagen; neuer Text: **Die Bild- und Tonübertragung der Ratssitzungen via Internet wird eingerichtet.**“*

Herr von den Berg signalisierte die Zustimmung der Gruppe GrünUnabhängigSozial. Die Gruppe werde das Anliegen unterstützen.

Herr Stoffers erklärte erneut, dass bei diesem Vorhaben zunächst die Machbarkeit geprüft werden müsse. Eine Umsetzung könne nicht ohne weiteres erfolgen.

Der Änderungsantrag wurde bei 19 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **aufgrund Stimmengleichheit abgelehnt**.

Änderungsantrag Nr. 3 wurde erneut für die FDP-Fraktion von **Herrn Dr. von Teichman** mit Begründung eingebracht:

„§ 12: Abs. 5 u. 6 werden gestrichen, die nachfolgenden Ziffern werden entspr. angepasst.

*Abs. 8: **Abweichend von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 5...***

Der Rest wird übernommen.“

Herr Jacques erklärte, die bisherige Regelung zur Redezeit habe sich bewährt, die SPD-Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr von den Berg signalisierte die Unterstützung durch die Gruppe GrünUnabhängigSozial. Er sehe hier keine Gefahr für ausufernde Diskussionen, vielmehr sollte sich jeder uneingeschränkt einbringen können.

Herr Hellwig hielt die bisherige Regelung für wichtig, um ausschweifende Diskussionen zu vermeiden. Für eine intensive Aussprache seien aus seiner Sicht die vorbereitenden Ausschüsse zuständig.

Dieser Änderungsantrag wurde bei 17 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Im Folgenden wurde der **Änderungsantrag Nr. 4** von **Herrn Dr. von Teichman** für die FDP-Fraktion eingebracht und begründet:

*„§ 13: **Der Rat kann mit der Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Ratsmitglieder beschließen, anwesende Sachverständige oder Einwohnerinnen und Einwohner zum Gegenstand der Beratung zu hören. Eine Diskussion findet nicht statt.**“*

Herr Stoffers erklärte, dies entspreche dem Verwaltungsvorschlag.

Herr von den Berg brachte für die Gruppe GrünUnabhängigSozial ebenfalls einen **Änderungsantrag** ein:

„Die Gruppe GrünUnabhängigSozial stellt den Antrag, den § 13 GO wie folgt zu ändern. Die Beschlussmehrheit bei einem Anhörungsbegehren von anwesenden Sachverständigen oder Einwohnerinnen/Einwohner, ist auf eine einfache Mehrheit der Ratsmitglieder zu reduzieren.

In Schrift:

Der Beschluss bedarf der einfachen Mehrheit der Ratsmitglieder.“

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass seine Fraktion mit dem Änderungsantrag die im Verwaltungsvorschlag eingebrachte Redezeitbegrenzung für Anhörungen aufgehoben haben wolle.

Herr von Fintel sah die im Verwaltungsvorschlag vorgegebene Mehrheit als zu hoch für ein solch vergleichsweise einfaches Anliegen an.

Herr Hellwig wiederholte, auch in diesem Punkt sei die bisherige Regelung vernünftig, um arbeitsfähig zu bleiben. Der Rat sollte das höchste Entscheidungsgremium sein und bleiben. Auch wolle er auf die in den Fachausschüssen genügend vorhandenen Möglichkeiten für Bürger verweisen, sich einzubringen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, er wolle die Regelungen mit dem Vorschlag vereinfachen und näher an die Bürger heranrücken.

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde mit 16 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial** wurde bei 18 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman brachte für die FDP-Fraktion **Änderungsantrag Nr. 5** mit anschließender Begründung ein:

„§ 17: *(1) Kleine Anfragen.*

Jede Ratsfrau/jeder Ratsherr kann Anfragen, die kommunale Angelegenheiten betreffen, stellen. Wenn diese nach § 5 i) in der Ratssitzung beantwortet werden sollen, müssen sie neun Tage vor der Ratssitzung bei der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister in Schriftform eingereicht sein. Die Anfragen werden von der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister oder der/dem zuständigen Beamtin/Beamten auf Zeit mündlich beantwortet. Eine Aussprache über die Beantwortung der Anfrage findet nicht statt. Die Anfragen und Antworten werden in das Protokoll aufgenommen. Die Antwort wird in der Regel innerhalb einer Woche nach Beantwortung dem/der Antragsteller/Antragstellerin, den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern/Gruppensprecherinnen übermittelt.

(2) Große Anfragen

Jede Fraktion kann Große Anfragen zu kommunalen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung stellen. Diese müssen zwei Wochen vor der Ratssitzung der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister in Schriftform eingereicht werden, wenn sie nach § 5 i) in der Ratssitzung beantwortet werden sollen. Die Großen Anfragen werden von der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister oder der/dem zuständigen Beamtin/Beamten auf Zeit mündlich beantwortet. Danach sind Rückfragen und eine Aussprache zulässig. Die Anfragen und die Antworten werden in das Protokoll aufgenommen.“

Herr Hellwig erklärte, auch hier solle die ursprüngliche Regelung unverändert bestehen bleiben, um die Sitzungsdauer nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Der Änderungsantrag wurde bei 17 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen erneut **mehrheitlich abgelehnt**.

Änderungsantrag Nr. 6 von **Herrn Dr. von Teichman** für die FDP-Fraktion lautete wie folgt und wurde im Anschluss von ihm begründet:

„§ 19 Abs. 1 u. 2 werden übernommen

Abs. 3: die ursprüngliche Formulierung „9 Tage“ wird beibehalten. Der Rest und Abs. 4 werden übernommen.“

Der Änderungsantrag wurde bei 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend brachte **Herr Dr. von Teichman** den **Änderungsantrag Nr. 7** für die FDP-Fraktion mit anschließender Begründung ein:

„§ 25 (neu) Abs. 1 wird übernommen

Abs. 2: *Die Ausschüsse/Betriebsausschüsse bestehen aus je 9 Ratsfrauen und Ratsherren, soweit nicht das Gesetz etwas anderes bestimmt oder der Rat im Einzelfall etwas anderes beschließt.*

Abs. 3: *Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft setzt sich aus 15 Ratsfrauen und Ratsherren zusammen. (Rest wird übernommen)*

Abs. 4: *Dem Betriebsausschuss Krankenhaus gehören 3 nicht-stimmberechtigte Vertreterinnen/Vertreter der Beschäftigten an. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu bestellen.*

Abs. 5: *Dem Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven gehören 3 nicht-stimmberechtigte Vertreterinnen/Vertreter der Beschäftigten an. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu bestellen.*

Abs. 6: *Dem Betriebsausschuss Grundstück und Gebäude gehört die/der Betriebsleiterin/Betriebsleiter als nicht-stimmberechtigtes Mitglied an. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu bestellen.“*

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, dass die Spiegelbildlichkeit in der Besetzung der Ausschüsse für die Fachausschüsse gelte. Bei den sondergesetzlichen Ausschüssen sei der Rat frei in seiner Entscheidung, welche und wie viele Personen entsandt werden sollten. Bezüglich der Betriebsausschüsse werde eine Änderung der Geschäftsordnung nichts bewirken, da die Zusammensetzung in der jeweiligen Betriebssatzung geregelt sei. Die Geschäftsordnung habe hier nur eine deklaratorische Bedeutung. Um zu einer Änderung zu kommen, müsse daher zunächst die entsprechende Betriebssatzung geändert werden.

Herr Hellwig stellte für die Gruppe CDU/WBV ebenfalls einen **Änderungsantrag**:

„Der § 25 (6) der Geschäftsordnung ist wie folgt umzuformulieren:

„Der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude besteht aus 5 Ratsherren und Ratsfrauen, die gleichzeitig dem Ausschuss für Planen und Bauen angehören *sollen*, sowie der/dem nicht stimmberechtigten Betriebsleiterin/Betriebsleiter. Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu berufen.““

An der regen Diskussion um die Durchführbarkeit der Umsetzung der von Herrn Dr. von Teichman beantragten Änderung beteiligten sich **Frau Weinstock, Oberbürgermeister Wagner** und die **Herren Dr. von Teichman, Hellwig, von den Berg, Jacques, Dr. Schulte, Stoffers** sowie **von Fintel**.

Im Anschluss daran unterbrach Ratsvorsitzender Becker die Sitzung für eine **Pause von 18.10 Uhr bis 18.25 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über die beiden Änderungsanträge.

Der **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** wurde mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Der **Änderungsantrag Nr. 7** von **Herrn Dr. von Teichman** für die FDP-Fraktion wurde bei 16 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman brachte für die FDP-Fraktion **Änderungsantrag Nr. 8** mit anschließender Begründung ein:

„§ 26 (neu) Abs. 1 u. 2 werden übernommen
Abs. 3 erhält die *ursprüngliche* Fassung
Abs. 4 Als Satz 3 wird aufgenommen: *Am Ende der Tagesordnung des öffentlichen Teils wird der Punkt „Anhörung der Öffentlichkeit“ aufgenommen. Hier können Einwohnerinnen und Einwohner Fragen und Anregungen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen, vorbringen.*
Die restlichen Abs. werden übernommen.“

Herr Jacques betonte, Bürger sollten durchaus in den Ausschüssen die Möglichkeit der Beteiligung haben. Er halte es jedoch für sinnvoller, dies in der Hand des jeweiligen Vorsitzenden zu lassen und nicht grundsätzlich generell zu regeln.

Auf den Einwand von **Herrn von Fintel**, dass Bürger jedoch keine Beteiligungsmöglichkeit in Ausschüssen besäßen, machte **Herr Stoffers** auf die Regelungen in § 13 (Anhörungen) und § 19 (Einwohnerfragestunde) aufmerksam, die über den Verweis in § 26 Abs. 1 für die Ausschüsse gleichermaßen gelten würden.

Dieser Änderungsantrag wurde bei 19 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen wiederum **mehrheitlich abgelehnt**.

Änderungsantrag Nr. 9 von **Herrn Dr. von Teichman**, vorgebracht für die FDP-Fraktion mit anschließender Begründung, lautete:

„§ 27 (neu) Die Abs. 1-4 werden übernommen.
Abs. 5: Satz 1 wird übernommen.“

Frau Winkel-Fiedelak legte die Auffassung der Verwaltung dar: Der Ältestenausschuss sei in seiner Zusammensetzung atypisch; es handle sich außerdem nicht um einen Ausschuss, der den Rat berate, der Ausschuss berate vielmehr den Ratsvorsitzenden. Daher sei der Ältestenausschuss nicht einem Fachausschuss ähnlich, sondern ein Ausschuss eigener Art. Eine nichtöffentliche Tagung sei für diese Art Ausschuss durchaus möglich und sinnvoll, damit Ratsvorsitzender und Fraktionsvorsitzende sich in Ruhe eine Meinung bilden könnten.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Dr. Preuß**, warum die Sitzungen des Ältestenausschusses zudem nicht ratsöffentlich sein sollten, erklärte **Herr Stoffers**, dies liege zunächst in der Entscheidungsgewalt des Rates, nicht der

Verwaltung. Diese habe hier lediglich einen Vorschlag unterbreitet. Der Vorschlag, auch nicht ratsöffentlich zu tagen, ergebe sich aus der besonderen Eigenschaft des Ausschusses. Gerade hier müsse eine Aussprache im geschützten Raum möglich sein.

Herr Dr. von Teichman vermisste stichhaltige Argumente. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Ratsöffentlichkeit dann nicht schon früher ausgeschlossen worden sei.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV zum Verwaltungsvorschlag.

Herr Prof. Dr. Preuß sah durch den Verwaltungsvorschlag die Möglichkeit genommen, gegebenenfalls betroffene Ratsmitglieder anzuhören. Dies bat er im Rahmen der gewünschten Transparenz zu ermöglichen.

Herr Becker versicherte, dass dies unter seinem Vorsitz erfolgen werde. Er machte jedoch auch darauf aufmerksam, dass es bei Beratungen im Ältestenausschuss nicht nur um Transparenz, sondern auch um besondere Unterstützung gehe. Sofern der Ältestenausschuss allen Ratsmitgliedern zugänglich gemacht werde, sei dieses Gremium an sich überflüssig.

Der Änderungsantrag Nr. 9 wurde daraufhin bei 13 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der 10. und letzte **Änderungsantrag** von **Herrn Dr. von Teichman** für die FDP-Fraktion, den er erneut inklusive Begründung einbrachte, hatte den folgenden Wortlaut:

*„§ 29 (neu) **Die ursprüngliche Formulierung wird beibehalten.**“*

Dieser Änderungsantrag wurde bei 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen erneut **mehrheitlich abgelehnt**.

Nachfolgend brachte **Herr von den Berg** für die Gruppe GrünUnabhängigSozial den folgenden **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Die Gruppe GrünUnabhängigSozial stellt den Antrag, den § 25 Absatz 1 GO wie folgt zu ändern. Bitte bilden sie nachfolgenden Ausschuss.

Ausschuss für Soziales, Integration und Migration

Damit entfällt der Ausschuss für Soziales und Gesundheit.“

Herr **Prof. Dr. Preuß** signalisierte die Ablehnung der AfD-Fraktion gegenüber diesem Antrag. Dort halte man die Bildung eines eigenen Ausschusses für dieses Thema nicht für erforderlich.

Die Herren **Hammadi, Reese** und **Möhle** sprachen sich gegen die Notwendigkeit der Bildung eines solchen Ausschusses aus, da das Thema aufgrund seiner Bedeutung und Aktualität bereits in diversen anderen Ausschüssen mit behandelt werde.

Herr von den Berg verdeutlichte nochmals die Intention des Antrages und betonte, dass somit auch nach außen das Thema „Integration und Migration“ als Schwerpunkt sichtbar gemacht werden solle.

Herr Dr. von Teichman beantragte als Kompromiss, den *Ausschuss für Soziales und Gesundheit nicht abzuschaffen, sondern entsprechend dem Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial umzubenennen in „Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Migration“*. Seiner Meinung nach sei eine Art führender Ausschuss für dieses wichtige Thema durchaus sinnvoll.

Herr Stoffers erklärte, die Ausschüsse folgten mit ihren Inhalten auch der Verwaltungsorganisation. Die Thematik „Migration und Integration“ sei im Jugendamt angesiedelt und werde daher schwerpunktmäßig im Jugendhilfeausschuss sowie im Schulausschuss betreut. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit befasse sich mehr mit der finanziellen Seite. Dort sei das Thema daher inhaltlich nicht passend angesiedelt.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial** wurde bei 8 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman** wurde bei 13 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Ein weiterer **Änderungsantrag** von **Herrn von den Berg** für die Gruppe GrünUnabhängigSozial lautete wie folgt und wurde anschließend von ihm begründet:

„Die Gruppe GrünUnabhängigSozial stellt den Antrag, den § 25 Absatz 1 GO wie folgt zu ändern. Bitte bilden sie nachfolgenden Ausschuss.

Ausschuss für Stadtplanung, Bauen und Wirtschaft

Damit entfällt der Ausschuss für Planen und Bauen. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird zum Finanzausschuss.“

Oberbürgermeister Wagner, Herr Prof. Dr. Preuß und **Herr Jacques** hielten übereinstimmend die Bildung eines solchen Ausschusses für nicht sinnvoll. Aufgrund der Bedeutung des Themas sollte sich nicht ausschließlich der Bauausschuss damit befassen.

Herr Leinert ergänzte, dass auch aus Sicht des Bauausschusses eine Hinzunahme der Thematik „Wirtschaftsförderung“ keinen Sinn mache. Der Ausschuss befasse sich mit genug eigenen Kernthemen; die Ergänzung um ein weiteres umfangreiches Aufgabenfeld würde den Ausschuss überfrachten.

Auf den Einwand von **Frau Weinstock**, die Wirtschaftsförderung müsse wieder vermehrt in den Fokus gerückt werden, was im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bislang jedoch nicht geschehen sei, entgegnete **Oberbürgermeister Wagner**, dass das Thema nach Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft WFG wieder näher an den Rat gerückt sei und damit auch vermehrt im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft thematisiert werde.

Dieser **Änderungsantrag** wurde bei 6 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der letzte **Änderungsantrag** der Gruppe GrünUnabhängigSozial wurde erneut durch **Herrn von den Berg** eingebracht und begründet:

„Die Gruppe GrünUnabhängigSozial stellt den Antrag, den § 28 neu nach GO Vorschlag der Verwaltung wie folgt zu ändern: Satz 2 § 28 neu bleibt mit folgendem Wortlaut erhalten:

(2) Das Protokoll wird allen Mitgliedern des Orsrates und allen Ratsmitgliedern alsbald nach jeder Sitzung zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung des Protokolls erfolgt für die Mitglieder des Rates über E-Mail, die Ortsratsmitglieder beziehen das Protokoll über das Ratsinformationssystem. Die Protokolle über nicht öffentlich beratene Angelegenheiten sind vertraulich zu behandeln und zu verwahren.“

Zwischen **Herrn Oberbürgermeister Wagner, Frau Kloster, Frau Winkel-Fiedelak, Herrn Seidel** und **Frau Weinstock** wurde anschließend kurz über den Grund dieses Anliegens diskutiert.

Der Änderungsantrag wurde bei 8 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen und Änderungsanträge vorlagen, wurde über die Geschäftsordnung inkl. der beschlossenen Änderung abgestimmt:

Die Geschäftsordnung wurde in der vorliegenden Form, inklusive der Änderung aufgrund des Antrages der Gruppe CDU/WBV, bei 13 Gegenstimmen (Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler und Herr Wiese, Die.Linke) mehrheitlich angenommen.

9 Änderung der Hauptsatzung

303/2016

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 31.10.2016 vor.

Herr von den Berg beantragte für die Gruppe GrünUnabhängigSozial die folgende **Änderung** und begründete diese anschließend:

„Die Gruppe GrünUnabhängigSozial stellt den Antrag, den § 5 Absatz 1 Hauptsatzung zu ändern.

Außer der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister werden der/die allgemeine Vertreter/ in als erster Stadtrat/Erste Stadträtin sowie zwei weitere leitende Beamte/-innen als Stadträte/-innen in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen.“

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass ein „Vorratsbeschluss“ an dieser Stelle keinen Sinn ergebe.

Frau Kloster kündigte weitere Änderungsanträge auf Orsratsebene an.

Der Änderungsantrag wurde bei 6 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Hauptsatzung wurde daraufhin in der vorliegenden Form bei 1 Enthaltung (Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial) einstimmig angenommen.

10 Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 75 NKomVG

Herr Hellwig beantragte für die Gruppe CDU/WBV, die Zahl der Beigeordneten für die Dauer der Wahlperiode um zwei auf 10 zu erhöhen.

Der Erhöhungsantrag wurde bei 13 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Die Fraktionen benannten daraufhin die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und deren Vertreter/-innen entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung wie folgt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Stefan Becker
Ratsfrau Ursula Glaser
Ratsherr Stephan Hellwig

Vertreter/-in

Ratsfrau Katja Breuer
Ratsherr Helmut Möhle
Ratsherr Michael Kunze

SPD

Ratsherr Howard Jacques
Ratsherr Jörg Mückenwarf
Ratsherr Uwe Reese

Vertreter/-in

Ratsfrau Nurhayat Bakir
Ratsherr Detlef Schön
Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Michael von den Berg
Ratsherr Frank Uwe Walpurgis

Vertreter/-in

Ratsherr Alexander von Fintel
Ratsfrau Helga Weinstock

AfD-Fraktion

Ratsherr Prof. Dr. Lothar Preuß

Vertreter/-in

Ratsherr Thorsten Moriße

FDP-Fraktion

Ratsherr Dr. Michael von Teichman

Vertreter/-in

Ratsherr Christian Ressel

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Rat stellt die Bildung des Verwaltungsausschusses – wie soeben vorgetragen – durch Beschluss fest.

11 Wahl der/des Vertreterin/-nen bzw. Vertreter/-s des Oberbürgermeisters gemäß § 81 Abs. 2 NKomVG

Es waren gemäß der soeben geänderten Festlegung in der Hauptsatzung zwei ehrenamtliche Vertreterinnen bzw. Vertreter des Oberbürgermeisters zu wählen. Eine Vertretungsreihenfolge wurde **nicht** festgelegt.

Die Wahl der beiden Bürgermeister erfolgte getrennt und nacheinander.

Für die erste Wahl wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Herr Jacques schlug Herrn Uwe Reese vor.

Herr von den Berg schlug Herrn Frank Uwe Walpurgis vor.

Beide Kandidaten stellten sich anschließend kurz vor.

Frau Weinstock beantragte geheime Wahl.

Als Schriftführerinnen fungierten erneut Frau Heide und Frau Volkmann.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführerinnen folgendes Ergebnis:

Auf Herrn Reese entfielen 22 Stimmen,
auf Herrn Walpurgis entfielen 10 Stimmen,
es gab 7 Enthaltungen.

Damit hatte **Herr Reese** die erforderliche Stimmenmehrheit von 20 Stimmen im ersten Wahlgang erreicht und wurde zum **Bürgermeister gewählt**. Herr Reese nahm die Wahl an.

Die folgenden Vorschläge wurden für die zweite Wahl eingebracht:

Herr Hellwig schlug Frau Ursula Glaser vor,
Herr von den Berg schlug erneut Herrn Frank Uwe Walpurgis vor.

Auch **Frau Glaser** stellte sich anschließend kurz vor.

Frau Weinstock beantragte erneut geheime Wahl.

Als Schriftführerinnen fungierten Frau Heide und Frau Volkmann.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführerinnen folgendes Ergebnis:

Auf Frau Glaser entfielen 20 Stimmen,
auf Herrn Walpurgis entfielen 16 Stimmen,
es gab 3 Enthaltungen.

Damit war **Frau Glaser** mit der erforderlichen Stimmenmehrheit von 20 Stimmen ebenfalls zur **Bürgermeisterin** gewählt; auch sie nahm die Wahl an.

Herr Becker unterbrach die Sitzung für eine **Pause von 20.00 Uhr bis 20.15 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Bildung der Ausschüsse.

12 Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 71 und 73 NKomVG

Herr Becker schlug vor, den erforderlichen Beschluss über die Sitzverteilung und die namentliche Benennung der Mitglieder nach der Bildung sämtlicher Ausschüsse zu fassen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Anschließend benannten die Fraktionen die Mitglieder der Ausschüsse entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung. Gleichzeitig wurden die beratenden Mitglieder der betreffenden Ausschüsse benannt.

Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Herr Becker erklärte, der Ausschuss bestehe aus 15 Ratsmitgliedern; die Verteilung der Sitze erfolge nach dem Prinzip Hare-Niemeyer. Weiterhin müssen zu den Ausschuss-Mitgliedern die Beigeordneten gehören.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsfrau Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsherr Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mündenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß
Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Ausschuss für Kultur

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern und wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsherr Michael Kunze
Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsfrau Antje Johanna Kloster
Ratsherr Andreas Tönjes

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

SPD-Fraktion

Ratsfrau Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Ausschuss für Planen und Bauen

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern und wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsfrau Katja Breuer
Ratsherr Martin Ehlers
Ratsherr Martin Harms

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Horst Dieter Walzner
Ratsfrau Helga Weinstock

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

SPD-Fraktion

Ratsherr Detlef Schön
Ratsherr Kristian Stoermer

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriß

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Herr von den Berg stellte zunächst für die Gruppe GrünUnabhängigSozial den folgenden **Antrag**:

„Wir beantragen je 1 Vertreter/-in als beratende Mitglieder in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu berufen:

1 Vertreter/-in des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1 Vertreter/-in des Behindertenbeirates

1 Vertreter/-in der Verbraucherschutzzentrale Niedersachsen e. V.“

Herr Stoffers informierte, dass der DGB bereits in der letzten Wahlperiode die Mitgliedschaft beantragt und der Rat dies abgelehnt habe. Der Ausschuss befasse sich inhaltlich nicht dem Thema Arbeitsmarkt-Integration, so dass Vertreter von DGB und Verbraucherschutzzentrale hier kein Aufgabengebiet abzudecken hätten.

Herr Preuß stimmte den Ausführungen von Herrn Stoffers zu und ergänzte, der Ausschuss solle nicht unnötig aufgebläht werden.

Der **Antrag auf Ergänzung um einen Vertreter / eine Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes** wurde bei 10 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**, ebenso wurde der **Antrag auf Ergänzung um einen Vertreter / eine Vertreterin der Verbraucherschutzzentrale Niedersachsen e. V.** bei 1 Enthaltung und 10 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Becker informierte über den Verwaltungsvorschlag, neben einem Mitglied des Seniorenbeirates und den beiden auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände zu berufenden Personen künftig auch ein Mitglied des Behindertenbeirates in den Ausschuss zu entsenden und damit die Zahl der beratenden Mitglieder von bisher 3 auf 4 zu erhöhen.

Der **Erhöhung der beratenden Mitglieder auf künftig 4** wurde **einstimmig** bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Die vorgeschlagenen Personen

1. Herr Günter Hinrichs als Mitglied des Seniorenbeirates und auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Wilhelmshaven
 2. Frau Petra Meyer-Machtemes vom Diakonisches Werk Friesland-Wilhelmshaven e.V. und
 3. Herr Uwe Wessels vom Altenwohncentrum Pauline-Ahlsdorff-Haus sowie
 4. Frau Sabine Gastmann als Mitglied des Behindertenbeirates
- wurden **einstimmig** als beratende Mitglieder in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit berufen.

Darüber hinaus wurde der aus 9 Ratsmitgliedern bestehende Ausschuss wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Martin Ehlers
Ratsherr Helmut Möhle
Ratsfrau Kerrin Volkmann

SPD-Fraktion

Ratsherr Al-Chafia Hammadi
Bürgermeister Uwe Reese

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Georg Berner-Waindok
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

AfD-Fraktion

Ratsfrau Irina Moriße-Kappes

FDP-Fraktion

Ratsherr Christian Ressel

Ausschuss für Sport

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern und wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Uwe Heinemann
Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsherr Helmut Möhle

SPD-Fraktion

Ratsherr Al-Chafia Hammadi
Bürgermeister Uwe Reese

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsherr Horst Dieter Walzner

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Als **beratendes Mitglied** wurde auf Vorschlag des Stadtsportbundes Herr Klaus-Dieter Schulz benannt.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern und wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Martin Harms
Ratsherr Uwe Heinemann
Ratsfrau Kerrin Volkmann

SPD-Fraktion

Ratsfrau Christina Heide
Ratsherr Sebastian Seidel

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsfrau Antje Johanna Kloster
Beigeordneter Michael von den Berg

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß

FDP-Fraktion

Ratsherr Dr. Günther Schulte

Vertreter Landvolkverein

Herr Hartmut Brören

Stellvertreter

Herr Jan-Gerd Behrends

Als Gäste

Herr Klaus Börgmann als Naturschutzbeauftragter, sowie ein Mitglied des zuständigen Ausschusses für Umweltfragen des Landkreises Friesland.

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Herr Becker machte darauf aufmerksam, dass die Mitglieder des Ausschusses für Planen und Bauen zu den Mitgliedern im Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude gehören sollen.

Der Ausschuss besteht aus 5 Ratsmitgliedern und deren Stellvertretern. Die Zusammensetzung ergibt sich wie folgt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsfrau Katja Breuer

Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter/-in

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsherr Martin Harms

SPD-Fraktion

Ratsherr Detlef Schön

Vertreter/-in

Ratsherr Kristian Stoermer

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Horst Dieter Walzner

Vertreter/-in

Ratsfrau Helga Weinstock

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße

Vertreter/-in

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte

Vertreter/-in

Ratsherr Christian Ressel

Betriebsleiterin (ohne Stimmrecht)

Frau Simone Groh

Betriebsausschuss Krankenhaus

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern, 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern, sowie den jeweiligen Stellvertretern.

Da die Wahl der Vertreter der Beschäftigten noch nicht stattgefunden hat, werden diese zu einem späteren Zeitpunkt vom Rat bestätigt.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Uwe Heinemann

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

Vertreter/-in

Ratsherr Martin Ehlers

Ratsfrau Katja Breuer

SPD-Fraktion

Ratsherr Jörg Mündenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Vertreter/-in

Ratsfrau Nurhayat Bakir

Ratsherr Sebastian Seidel

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Alexander von Fintel

Vertreter/-in

Ratsfrau Helga Weinstock

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Vertreter/-in

Ratsherr Thorsten Moriße

FDP-Fraktion (Grundmandat)

Die FDP-Fraktion machte von ihrem Recht auf Benennung eines Grundmandatars **keinen Gebrauch**.

Vertreter/-in

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern, 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern, sowie den jeweiligen Stellvertretern.

Da die Wahl der Vertreter der Beschäftigten erst am 01.12.2016 stattfinden wird, bleiben die bisherigen Bedienstetenvertreter bis zur Neuwahl im Amt. Die Bestätigung der neu gewählten Vertreter der Beschäftigten durch den Rat wird nach deren Wahl erfolgen.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Martin Harms

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

Vertreter/-in

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Beigeordneter Stefan Becker

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir

Ratsherr Jörg Mündenwarf

Vertreter/-in

Ratsherr Detlef Schön

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Michael von den Berg

Vertreter/-in

Ratsherr Horst Dieter Walzner

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße

Vertreter/-in

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Christian Ressel

Vertreter/-in

Ratsherr Dr. Günther Schulte

Jugendhilfeausschuss

Herr Becker verwies hier auf die Beschlussvorlage Nr. 304/2016 „Neubildung Jugendhilfeausschuss“.

Über die drei Punkte des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Herr Becker wies drauf hin, dass laut § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes der Rat die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode auf 10 oder 15 festlege. Es werde vorgeschlagen, es wie bisher bei 10 stimmberechtigten Mitgliedern zu belassen.

Herr Dr. von Teichman beantragte, die *Zahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf 15 zu erhöhen*, damit auch die kleineren Fraktionen einen Sitz erhielten.

Dieser Antrag wurde bei 19 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Daraufhin wurde über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abgestimmt:

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

(bei 14 Nein-Stimmen: Gruppe GrünUnabhängigSozial; FDP-Fraktion; Herr Seidel, SPD-Fraktion; Herr Lang, Freie Wähler und Herr Wiese, Die.Linke)

„Der Rat legt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode auf 10 Personen fest.“

Anschließend erfolgte die Benennung der 6 vom Rat zu besetzenden Sitze mit Stimmrecht.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Martin Ehlers
Ratsfrau Kerrin Volkmann

Vertreter/-in

Ratsherr Michael Kunze
Ratsherr Martin Harms

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir
Ratsfrau Christina Heide

Vertreter/-in

Ratsherr Sebastian Seidel
Ratsherr Kristian Stoermer

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Georg Berner-Waindok

Vertreter/-in

Ratsfrau Antje Johanna Kloster

AfD-Fraktion

Ratsfrau Irina Moriße-Kappes

Vertreter/-in

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte

Vertreter/-in

Ratsherr Christian Ressel

Herr Becker führte weiter aus, dem Jugendhilfeausschuss gehörten **4 Personen mit Stimmrecht** an, die der Rat auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Wilhelmshaven wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe wähle.

Dazu erfolgte die Abstimmung über Ziffer 2 des Beschlussvorschlages:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Rat wählt Frau Elke Heckmann (Vertreterin: Petra Heiler-Klene) und Frau Gerda Rohlfing (Vertreterin: Eline Unger) sowie die Herren Andreas Koût (Vertreter: André Schulze) und Rüdiger Schaarschmidt (Vertreterin: Carola Wedel) zu stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode.

Herr Becker erklärte, dem Jugendhilfeausschuss gehörten außerdem **beratende Mitglieder** an. Kraft Amtes seien dies der Leiter des Jugendamtes, der

Stadtjugendpfleger und die Gleichstellungsbeauftragte. Außerdem lägen folgende Vorschläge zur Bestellung als beratende Mitglieder vor:

1. Ein/e Vertreter/in der ev.-luth. Kirche
 - **Sybille Martfeld** (Leiterin ev.-luth. KiTa Neuende)
 - Vertreterin **Petra Meyer-Machtemes** (GF Diakonisches Werk Wilhelmshaven)vorgeschlagen vom ev.-luth. Kirchenkreis
2. Ein Vertreter der röm.-kath. Kirche
 - **Andreas Bolten** (Pfarrer/Dechant)
 - Vertreter **Thomas Kurth**vorgeschlagen vom Bischöflich Münsterschen Offizialat in Vechta
3. Eine von der Unteren Schulbehörde benannte Lehrkraft
 - **Renate Sopp-Dreyer**
 - Vertreterin **Romy Appelt**vorgeschlagen von der Nds. Landesschulbehörde, Außenstelle OL
4. Ein/e Elternvertreter/in oder Erzieher/in aus einer Kindertagesstätte
 - **Petra Schrecker-Steinborn** (Wilhelmshavener Kinderhilfe)
 - Vertreterin **Kirsten Witte**vorgeschlagen von der Arbeitsgemeinschaft der freien Kindertagesstättenträger
5. Ein/e Vertreter/in der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
 - **Frau Yvonne Kurt**
 - **Vertreterin Amina Kubisch-Mutlu**Vorgeschlagen von der Türkisch Islamischen Gemeinde in Wilhelmshaven e.V.
 - **Frau Hildegard Biermann**
 - **Vertreterin: Marianne Janss**vorgeschlagen vom Jugendamt – Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe
6. Zwei weitere in der Jugendhilfe erfahrene Personen
 - **Jürgen Hoffmann** (GF gGPSmbH)
 - Vertreter: **Margret Wahrheit** (Caritasverband)vorgeschlagen von der AG der freien Wohlfahrtsverbände
 - **Bernhard Busemann** (ev. Kreisjugendpfarrer)
 - Vertreterin: **Waltraud Sprauer** (FaKiS)vorgeschlagen vom ev.-luth. Kirchenkreis

Da für den Sitz zu Ziffer 5 (Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher) **2 Vorschläge** vorlagen, bat **Herr Becker**, dass aus der Mitte des Rates ein Antrag gestellt werde, eine der vorgeschlagenen Personen zu benennen.

Der daraufhin von **Herrn von Fintel** gestellte **Antrag**, den *Vorschlag des Jugendamtes (Frau Hildegard Biermann, Vertreterin Frau Marianne Janss) zu übernehmen*, wurde bei 4 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Anschließend ließ **Herr Becker** über Punkt 3 des Beschlussvorschlages abstimmen:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt

(bei 5 Enthaltungen: AfD-Fraktion und Ratsherr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

„Der Rat bestellt die in der Begründung benannten Personen für die Dauer der Wahlperiode zu beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.“

Schulausschuss

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern und wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsfrau Katja Breuer
Ratsherr Martin Ehlers
Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter/-in

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsfrau Kerrin Volkmann
Ratsherr Michael Kunze

SPD-Fraktion

Ratsfrau Gesche Marxfeld
Ratsherr Sebastian Seidel

Vertreter/-in

Ratsfrau Christina Heide
Ratsherr Detlef Schön

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Georg Berner-Waindok
Ratsfrau Helga Weinstock

Vertreter/-in

Ratsfrau Antje Johanna Kloster
Ratsherr Horst Dieter Walzner

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Vertreter/-in

Ratsherr Thorsten Moriße

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Vertreter/-in

Ratsherr Christian Ressel

Darüber hinaus sind folgende stimmberechtigte Sachverständige im Schulausschuss vertreten:

Lehrervertreter

Stellvertreter/-in

Allgemeinbildende Schulen

Frau Coletta Theiß-Wessels

Frau Beata Bartnick-Hoeft

Berufsbildende Schulen

Frau Gabriele Runge

Herr Matthias Thode

Arbeitnehmervertreter

Herr Dieter Meisel

NN

Arbeitgebervertreter

Herr Eckhard Stein

Herr Wolfgang Eggerichs

Herr Becker machte darauf aufmerksam, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt sei, welche neuen Mitglieder von den zwei übrigen im Schulausschuss vertretenen Gruppen, Städtelternrat und Stadtschülerrat, vorgeschlagen werden, da dort die entsprechenden Entscheidungen noch nicht getroffen wurden bzw. die jeweiligen Wahlen noch nicht erfolgten.

Ältestenausschuss

Herr Becker informierte, dem Ältestenausschuss gehörten neben ihm selbst als Ratsvorsitzendem die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen an. Damit setze sich der Ältestenausschuss wie folgt zusammen:

Sprecher Gruppe CDU/WBV	Herr Stephan Hellwig
Vorsitzender der SPD-Fraktion	Herr Howard Jacques
Sprecher der Gruppe GrünUnabhängigSozial	Herr Michael von den Berg
Vorsitzender der AfD-Fraktion	Herr Prof. Dr. Lothar Preuß
Vorsitzender der FDP-Fraktion	Herr Dr. Michael von Teichman
sowie als Ratsvorsitzender	Herr Stefan Becker.

Der Oberbürgermeister und die weiteren Beamten auf Zeit gehören dem Ältestenausschuss mit beratender Stimme an.

Beratende Mitgliedschaft der Ratsmitglieder der Parteien „Die.Linke“ und „Freie Wähler“

Herr Becker gab bekannt, dass gemäß § 71 Abs. 4 Satz 3 NKomVG das Ratsmitglied der Partei „Die.Linke“ und das Ratsmitglied der „Freien Wähler“ den Anspruch auf Mitgliedschaft mit beratender Stimme in einem Ausschuss ihrer Wahl haben. Dies dürfe jedoch nicht der Verwaltungsausschuss sein.

Herr Lang benannte den Ausschuss für Soziales und Gesundheit;

Herr Wiese benannte ebenfalls den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Über die Bildung der Ausschüsse wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: – einstimmig zugestimmt –

Der Bildung der Ausschüsse in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

13 Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG

Die Ausschussvorsitze wurden den Fraktionen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zugeteilt. Es wurden von den Fraktionen die Ausschüsse benannt, deren Vorsitz sie beanspruchen, sowie deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende:

1. Gruppe CDU/WBV: Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Vorsitzender: Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter: Ratsfrau Katja Breuer

2. SPD-Fraktion: Ausschuss für Planen und Bauen

Vorsitzender: Ratsherr Detlef Schön

Vertreter: Ratsherr Kristian Stoermer

3. Gruppe GrünUnabhängigSozial: Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Vorsitzender: Beigeordneter Michael von den Berg

Vertreter: Ratsherr Horst Dieter Walzner

4. Gruppe CDU/WBV: Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Vorsitzender: Ratsfrau Katja Breuer

Vertreter: Ratsherr Uwe Heinemann

5. SPD-Fraktion: Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Vorsitzender: Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Vertreter: Bürgermeister Uwe Reese

Der Zugriff auf den 6. und 7. Ausschussvorsitz war zwischen der Gruppe GrünUnabhängigSozial und der AfD-Fraktion durch Ziehen eines Loses seitens des Ratsvorsitzenden zu entscheiden.

Gemäß Losentscheid entfiel der 6. Ausschussvorsitz an die AfD-Fraktion, den 7. Ausschussvorsitz erhielt die Gruppe GrünUnabhängigSozial.

6. AfD-Fraktion: Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

Vorsitzender: Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß

Vertreter: Ratsherr Dr. Günther Schulte

7. Gruppe GrünUnabhängigSozial: Schulausschuss

Vorsitzender: Ratsfrau Helga Weinstock

Vertreter: Ratsherr Georg Berner-Waindok

8. Gruppe CDU/WBV: Ausschuss für Sport

Vorsitzender: Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter: Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

9. SPD-Fraktion: Ausschuss für Kultur

Vorsitzender: Beigeordneter Howard Jacques

Vertreter: Ratsfrau Christina Heide

10. FDP-Fraktion: Jugendhilfeausschuss

Vorsitzender: Ratsherr Dr. Günther Schulte

Vertreter: Ratsherr Georg Berner-Waindok

11. Gruppe CDU/WBV: Betriebsausschuss Krankenhaus

Vorsitzender: Ratsherr Uwe Heinemann

Vertreter: Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann.

14 Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien

Herr Becker schlug vor, den erforderlichen Feststellungsbeschluss gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG nach der namentlichen Benennung der Vertreterinnen und Vertreter zu treffen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Beirat für das Sanierungsgebiet Wilhelmshaven – Westliche Südstadt

Der Rat entsendet 6 Ratsmitglieder in den Beirat. Dieser wurde wie folgt besetzt:

Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsherr Helmut Möhle

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir
Ratsherr Detlef Schön

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Horst Dieter Walzner

AfD-Fraktion

Ratsherr Thorsten Moriße

Bezirksverband Oldenburg

Verbandsversammlung:

Der Oberbürgermeister ist geborenes Mitglied; Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich wie bisher auch durch den **Ersten Stadtrat, Herrn Jens Stoffers**, vertreten zu lassen. Als Abwesenheitsvertreter wurde **Herr Jörg Sieberns**, Leiter des Fachbereichs Soziales, vorgeschlagen. Beide Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Daneben wurde auf Vorschlag der SPD-Fraktion als weiteres Mitglied **Ratsfrau Nurhayat Bakir** und als Ersatzmitglied **Ratsherr Detlef Schön** einstimmig (bei 2 Enthaltungen) vom Rat bestellt.

GEW Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied und zugleich Vorsitzendem wurden folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Beigeordneter Stefan Becker
Beigeordneter Stephan Hellwig

SPD-Fraktion

Beigeordneter Howard Jacques

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß

Hans-Beutz-Stiftung

Stiftungsrat:

Herr Olaf Mertens, Leiter des Fachbereichs Bildung und Sport, wurde einstimmig gewählt.

JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft

Gesellschafterversammlung:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, sowie deren Stellvertreter entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Uwe Heinemann

Vertreter/-in

Ratsherr Helmut Möhle

SPD-Fraktion

Ratsfrau Gesche Marxfeld

Vertreter/-in

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

JadeWeserAirport GmbH

Aufsichtsrat:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Ratsmitglieder und deren Stellvertreter entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Helmut Möhle

Vertreter/-in

Ratsfrau Katja Breuer

SPD-Fraktion

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Vertreter/-in

Ratsherr Sebastian Seidel

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Alexander von Fintel

Vertreter/-in

Ratsherr Andreas Tönjes

JadeWeserPort InfoCenter GmbH

Gesellschafterversammlung:

Die Verwaltung schlug vor, wie bisher Oberbürgermeister Wagner in dieses Gremium zu entsenden.

Oberbürgermeister Wagner wurde daraufhin bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit gewählt.

Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Aufsichtsrat:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Uwe Heinemann

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

SPD-Fraktion

Ratsherr Jörg Mündenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Alexander von Fintel

Beigeordneter Michael von den Berg

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion

Da die FDP-Fraktion von ihrem Recht auf Benennung **keinen Gebrauch** machte, wurde der Sitz aufgrund des Berechnungsergebnisses der Sitzverteilung der Gruppe GrünUnabhängigSozial zugeschlagen. Die Gruppe GrünUnabhängigSozial erhielt somit einen zweiten Sitz und benannte hierfür Herrn Beigeordneten Michael von den Berg.

Gesellschafterversammlung:

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, sowie deren Stellvertreter entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Uwe Heinemann

Vertreter/-in

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann

SPD-Fraktion

Bürgermeister Uwe Reese

Vertreter/-in

Ratsherr Jörg Mündenwarf

Marschenrat zur Förderung der Forschung im Küstengebiet

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurden

Ratsfrau Gesche Marxfeld als **Bevollmächtigte** und

Ratsfrau Christina Heide als **Stellvertreterin** einstimmig (bei 2 Enthaltungen) gewählt.

Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten

Herr Becker informierte, in die Metropolversammlung seien zwei Mitglieder zu entsenden, von denen eines gemäß den Vorschriften des § 138 NKomVG der Oberbürgermeister sein müsse.

Aufgrund dieser Regelung wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt - (bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet **Herrn Oberbürgermeister Wagner** in die Metropolversammlung der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten.

Herr Becker führte weiter aus, dass für das zweite zu entsendende Mitglied eine Wahl erforderlich sei. Da hier nur ein Wahlvorschlag vorlag, konnte per Handzeichen gewählt werden.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wurde **Ratsherr Michael Kunze** bei 4 Enthaltungen einstimmig in die Metropolversammlung gewählt.

UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e. V.

In die Mitgliederversammlung wurde nicht entgegen der bisherigen Praxis der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz entsandt. Es wurde stattdessen von der SPD-Fraktion Ratsfrau Gesche Marxfeld vorgeschlagen.

Gleichzeitig wurde durch die Gruppe GrünUnabhängigSozial Ratsfrau Antje Johanna Kloster vorgeschlagen, diese zog ihren Vorschlag jedoch zurück.

Ratsfrau Gesche Marxfeld wurde daraufhin bei 1 Enthaltung einstimmig in die Mitgliederversammlung gewählt.

Naturschutzstiftung Region Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven

Vorstand

Als Mitglied wurde vorgeschlagen:

seitens der Gruppe CDU/WBV Ratsfrau Katja Breuer,
von der AfD-Fraktion Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß und
für die Gruppe GrünUnabhängigSozial Ratsfrau Antje Johanna Kloster.

Da mehrere Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen Heide und Volkmann ergab

für Ratsfrau Katja Breuer	18 Stimmen,
für Ratsfrau Antje Johanna Kloster	17 Stimmen und
für Beigeordneten Prof. Dr. Lothar Preuß	4 Stimmen.

Keiner der Kandidaten erhielt die erforderlich Mehrheit von 20 Stimmen im ersten Wahlgang, so dass ein zweiter Wahlgang erforderlich war.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen erhielt

Ratsfrau Katja Breuer	19 Stimmen,
Ratsfrau Antje Johanna Kloster	17 Stimmen und
Beigeordneter Prof. Dr. Preuß	0 Stimmen,
Enthaltungen	3.

Damit erhielt **Ratsfrau Katja Breuer** im zweiten Wahlgang die Stimmenmehrheit und wurde als Mitglied in den Vorstand gewählt.

Anschließend erfolgte die Wahl der Stellvertreter.

Dazu wurde seitens der Gruppe CDU/WBV Ratsfrau Kerrin Volkmann vorgeschlagen,

von der Gruppe GrünUnabhängigSozial wurde Ratsfrau Antje Johanna Kloster vorgeschlagen.

Herr Hellwig zog daraufhin den Vorschlag der Gruppe CDU/WBV zurück, so dass per Handzeichen gewählt werden konnte.

Ratsfrau Antje Johanna Kloster wurde mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung als Stellvertreterin in den Vorstand gewählt.

Nordwestdeutsche Universitätsgesellschaft

Gesamtvorstand

Es wurden folgende Personen, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, benannt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Michael Kunze

SPD-Fraktion

Ratsfrau Christina Heide

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsfrau Helga Weinstock.

Mitgliederversammlung

Herr Becker erklärte, dass hier eine Wahl erforderlich sei; in der Regel werde eines der drei Mitglieder des Gesamtvorstandes vorgeschlagen.

Da nur ein Wahlvorschlag vorlag, konnte per Handzeichen gewählt werden.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde **Ratsfrau Christina Heide** einstimmig (bei 4 Enthaltungen) in die Mitgliederversammlung gewählt.

Oldenburgische Landschaft

Landschaftsversammlung

Es wurden folgende Personen benannt, die nicht Ratsmitglieder sein mussten:

Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Vertreter/-in

Ratsherr Uwe Heinemann

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir

Vertreter/-in

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Vorstand

Für den Vorstand wurde seitens der Gruppe CDU/WBV Bürgermeisterin Ursula Glaser vorgeschlagen und von der Gruppe GrünUnabhängigSozial Ratsfrau Antje Johanna Kloster.

Bürgermeisterin Ursula Glaser erhielt 22 Stimmen,
Ratsfrau Antje Johanna Kloster erhielt 13 Stimmen,
es gab 4 Enthaltungen.

Bürgermeisterin Ursula Glaser wurde damit mehrheitlich für den Vorstand bestellt.

**Oldenburgisch Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von
Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen**

Verbandsversammlung

Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Frau Winkel-Fiedelak, Leiterin des Referates für Bürgerangelegenheiten und Recht, dauerhaft vertreten zu lassen.

Frau Winkel-Fiedelak wurde daraufhin einstimmig gewählt.

Als weiteres Ratsmitglied für die Verbandsversammlung wurde auf Vorschlag der SPD-Fraktion **Beigeordneter Jörg Mückenwarf** bei 1 Enthaltung einstimmig für die Verbandsversammlung bestellt.

Ostfriesland Tourismus GmbH

Gesellschafterversammlung

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden folgende Ratsmitglieder entsandt:

Gruppe CDU/WBV
Ratsherr Martin Ehlers

SPD-Fraktion
Ratsherr Detlef Schön

Sparkasse Wilhelmshaven

Verwaltungsrat

Herr Becker machte darauf aufmerksam, dass das Verfahren für die Entsendung der Mitglieder des Verwaltungsrates durch § 13 Absatz 5 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes (NSpG) geregelt werde. Demnach seien 7 Personen zu entsenden, die besondere persönliche Anforderungen erfüllen müssten. Nicht mehr als die Hälfte dieser entsandten Mitglieder dürfe dabei dem Rat angehören. Dies entspräche hier 3 Personen.

Zudem stehe der Oberbürgermeister gem. § 12 Abs. 1 NSpG als so genannter

„geborener Vorsitzender“ dem Verwaltungsrat vor, sofern sich hiergegen kein Widerspruch erhebe.

Da sich kein Widerspruch erhob, erhielt **Oberbürgermeister Wagner** den Vorsitz im Verwaltungsrat.

Es wurden anschließend folgende Personen durch die Fraktionen und Gruppen in den Verwaltungsrat entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Herr Wolfgang Richter

SPD-Fraktion

Beigeordneter Howard Jacques
Herr Volker Block

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Frau Anette Kruse-Janßen

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion

Herr Peter Hansch

Bezüglich der **Beschäftigtenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt – (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven bestätigt gem. § 110 Abs. 4 NPersVG die Wahl folgender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschäftigtenvertreter) sowie der sonstigen Vertreter in den Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven:

Betriebsangehörige Vertreter

der Beschäftigten:

Herr Markus Schmidtman
Frau Gabriele Hennecke
Frau Elke Jörgensen

Ersatzmitglieder:

Herr Helge Drost
Herr Eckart Fischer-Danielmeyer
Frau Tugba Kus

Sonstige Vertreter der Beschäftigten:

Herr Hans Müller

Ersatzmitglied:

Frau Petra Stockmeyer

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Wagner informierte, dass nach der beschlossenen Gesellschaftsvertragsänderung ein Aufsichtsrat entfalle.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses sowie den Beamten auf Zeit.

Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Aufsichtsrat

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied wurden die folgenden Ratsmitglieder entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsfrau Katja Breuer
Beigeordneter Stephan Hellwig

SPD-Fraktion

Beigeordneter Howard Jacques
Ratsherr Detlef Schön

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Andreas Tönjes

AfD-Fraktion

Beigeordneter Prof. Dr. Lothar Preuß

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses sowie den Beamten auf Zeit.

TCN Technologie Centrum Northwest Marketing GmbH

Oberbürgermeister Wagner wurde bei 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich in die Gesellschafterversammlung gewählt.

Verein der Kunstfreunde

Beirat

Es wurden folgende Personen, die nicht dem Rat angehören müssen, benannt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Michael Kunze

SPD-Fraktion

Ratsfrau Nurhayat Bakir

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Georg Berner-Waindok

Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Beirat

Es wurden folgende Ratsmitglieder benannt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsherr Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsherr Helmut Möhle

SPD-Fraktion

Ratsfrau Gesche Marxfeld
Ratsherr Detlef Schön

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsherr Georg Berner-Waindok

AfD-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung entspricht dem Verwaltungsausschuss. Des Weiteren gehören die Referatsleiterin Frau Marion Winkel-Fiedelak und der Referatsleiter Carsten Feist der Gesellschafterversammlung als beratende Mitglieder an.

Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH

Gesellschafterversammlung

Herr Becker erklärte, dass die Gesellschafterversammlung aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Betriebsausschusses „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ zuzüglich des Oberbürgermeisters bestehe.

Der Oberbürgermeister könne sich hier vertreten lassen; dies solle, wie bisher, auch künftig durch den Betriebsleiter Herrn Tim Menke erfolgen.

Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH

Gesellschafterversammlung

Herr Becker wies hier ebenfalls darauf hin, dass die Gesellschafterversammlung aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Betriebsausschusses „Grundstücke und Gebäude“ sowie der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude bestehe.

Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Gesellschafterversammlung

Bis zum Inkrafttreten der Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WTF vertritt gemäß Beschluss des Rates vom 21.09.16 weiterhin **Oberbürgermeister Wagner** die Stadt Wilhelmshaven in der Gesellschafterversammlung.

Zweckverband „Gemeinsame Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven“

Verbandsversammlung

Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Herrn Stadtrat Oliver Leinert dauerhaft vertreten zu lassen.

Herr Stadtrat Oliver Leinert wurde daraufhin einstimmig bei 1 Enthaltung gewählt.

Daneben wurden die folgenden Mitglieder und deren Stellvertreter in die Verbandsversammlung entsandt:

Gruppe CDU/WBV

Ratsfrau Katja Breuer

Vertreter/-in

Ratsherr Martin Harms

SPD-Fraktion

Ratsfrau Gesche Marxfeld

Vertreter/-in

Ratsherr Kristian Stoermer

Gruppe GrünUnabhängigSozial

Herr Horst Erbe

Vertreter/-in

Beigeordneter Michael von den Berg

Zweckverband "JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven"

Verbandsversammlung

Gemäß Verbandsordnung ist der Oberbürgermeister geborenes Mitglied der Verbandsversammlung.

Zweckverband Landesbühne Niedersachsen Nord

Verbandsversammlung

Neben **Oberbürgermeister Wagner** als geborenem Mitglied war eine weitere, für den Rat wählbare Person zu entsenden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde Ratsfrau Christina Heide vorgeschlagen, von der AfD-Fraktion wurde Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert vorgeschlagen.

Ratsfrau Christina Heide erhielt 35 Stimmen und Ratsherr Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert erhielt 4 Stimmen.

Ratsfrau Christina Heide wurde damit mehrheitlich für die Verbandsversammlung bestellt.

Zweckverband „Veterinäramt JadeWeser“

Verbandsversammlung

Oberbürgermeister Wagner schlug vor, sich durch Frau Winkel-Fiedelak, Leiterin des Referates für Bürgerangelegenheiten und Recht, dauerhaft vertreten zu lassen.

Frau Winkel-Fiedelak wurde daraufhin bei 1 Enthaltung einstimmig gewählt.

Als weiteres Ratsmitglied sowie Stellvertreter für die Verbandsversammlung wurde auf Vorschlag der Gruppe CDU/WBV **Ratsherr Martin Harms** und als Stellvertreterin **Ratsfrau Kerrin Volkmann** bei 5 Enthaltungen einstimmig für die Verbandsversammlung bestellt.

Wahl des Kreisjägermeisters und der übrigen Mitglieder des Jagdbeirates

Herr Becker verwies auf die dazugehörige Beschlussvorlage Nr. 307/2016.

Die Landesjägerschaft Niedersachsen habe als Kreisjägermeister

Herrn **Heinz Weerda**, Steindamm 4, 26388 Wilhelmshaven

und als Vertreter der Jäger im Jagdbeirat und allgemeinen Vertreter des Kreisjägermeisters

Herrn **Heiko Zilian**, Möwenstr. 64 a, 26388 Wilhelmshaven

vorgeschlagen.

Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen habe

als Vertreter der Landwirtschaft

Herrn **Johannes de Riese**, Inhausen 1, 26388 Wilhelmshaven

als Vertreterin der Forstwirtschaft

Frau **Silvia Finkenstaedt**, Barkel 102, 26419 Schortens

und als Vertreter der Jagdgenossenschaft

Herrn **Christian Andrae**, Schaardeich 21, 26389 Wilhelmshaven

vorgeschlagen.

Die Anstalt Niedersächsische Landesforsten habe als Vertreter des Beratungsforstamtes

Herrn **Forstamtsrat Tido Bent**,

Nds. Forstamt Neuenburg, Zeteler Str. 18, 26340 Zetel

vorgeschlagen.

Da der Naturschutzbeauftragte keinen Gebrauch von seinem Vorschlagsrecht gemacht habe, schlage die Stadt Wilhelmshaven als untere Naturschutzbehörde

als Vertreterin des Naturschutzes

Frau **Susanne Kruit-Hergert**, Stendaler Alle 33, 26388 Wilhelmshaven

vor.

Alle vorgeschlagenen Personen erfüllten die gesetzlichen Voraussetzungen und würden im Fall einer Wahl das Amt übernehmen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt – (bei 2 Enthaltungen)

Über die Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: – einstimmig zugestimmt –

Der Besetzung der Gremien in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

Anschließend dankte **Ratsvorsitzender Becker** allen Beteiligten für die Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Sitzung.

Frau Winkel-Fiedelak informierte über einen Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen zur Kandidatenaufstellung der SPD zur Ortsratswahl 2016, in die Stellungnahme des SPD Ortsbürgermeisters zur Anfrage gem. § 56 NKomVG von Herr Ratsherrn Felbier vom 29.09.2016 und in die Einzelverbindungsnachweise der Telefone der ehemaligen Verwaltungsstelle Sengwarden.

Termin und Örtlichkeit würden noch per E-Mail mitgeteilt.

15 Einwohnerfragestunde

Da weder schriftliche Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin